

Antrag

der **Fraktion DIE LINKE.**

Thema: **Staatliches Handeln bei der Bewältigung der Corona-Krise systematisch, verständlich und transparent gestalten: Negative Auswirkungen begrenzen, Akzeptanz fördern!**

Der Landtag möge beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht,

zur Gewährleistung eines epidemiologisch, politisch und sozial angemessenen Umganges mit der Bewältigung der Corona-Krise im Freistaat Sachsen unverzüglich weitere Vorkehrungen dafür zu treffen, dass negative gesellschaftliche, soziale und individuelle Auswirkungen von geplanten Maßnahmen für die Menschen weitestgehend begrenzt sowie deren Akzeptanz durch die Betroffenen gefördert werden, indem insbesondere

1. für die Öffentlichkeit – über die regelmäßige Information zu den tagesaktuellen Daten und vollzogenen Maßnahmen bzw. Vorhaben hinaus – eine ressortübergreifende Informationsmöglichkeit geschaffen wird, mit der
 - das Regierungshandeln und die staatlichen Maßnahmen zur Bewältigung der Herausforderungen und Begleiterscheinungen der Corona-Krise für die Menschen in Sachsen transparent, verständlich und nachvollziehbar werden,
 - in übersichtlicher und allgemeinverständlicher Weise neben Daten zur epidemiologischen Situation, auch fachliche Entscheidungsgrundlagen und handlungsleitende Erkenntnisse für das Ergreifen von Maßnahmen bis hin zu Informationen über sächsische Forschungsvorhaben und -ergebnisse breit und barrierefrei zugänglich gemacht werden;

Dresden, den 10. Juni 2020



Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

2. ein ressortübergreifendes Lebenslagen-Monitoring zu den gesellschaftlichen, sozialen und individuellen Auswirkungen der Corona-Krise entwickelt und durchgeführt wird, auf dessen Grundlage Maßnahmen und Unterstützungen zur Prävention und Rehabilitation von gesundheitlichen und psychosozialen Folgen konzipiert und umgesetzt werden können;
3. die zur schnellstmöglichen Umsetzung der Maßnahmen und Vorhaben nach den Antragspunkten 1 und 2 erforderlichen organisatorischen, personellen und finanziellen Mittel bereitgestellt und langfristig für die Zukunft vorgesehen werden, um nicht nur kurzfristig auf unmittelbare Folgen der Corona-Krise zu reagieren, sondern mittel- und langfristig zu erwartende mittelbare negative Folgen rechtzeitig erkennen und abwenden zu können.

Begründung:

Unbestritten war, ist und bleibt der Umgang mit der Corona-Krise und ihren kurz-, mittel- und langfristigen Begleiterscheinungen auf absehbare Zeit ein schwieriger und wechselvoller Prozess. Dies ist nicht zuletzt in der Besonderheit der Corona-Pandemie begründet, denn fast alle Menschen hierzulande haben bisher oft nur aufgrund ökonomischer Ursachen entstandene Krisen mit mehr oder weniger großer Betroffenheit erlebt.

Dies ist in der aktuellen Situation grundsätzlich anders, weil die „Unberechenbarkeit“ des SARS-CoV-2-Virus, der Krankheit COVID 19 und des weiteren Verlaufes der Pandemie keine gesicherte Prognose gestattet. Nichtsdestotrotz ist für die nächsten Monate und Jahre von einem „Leben mit dem Virus“ und der Pandemie auszugehen. Diese Situation führt zu Verunsicherung und vielfältigen Ängsten. Sie führt auch zu Akzeptanzproblemen bezüglich ergriffener bzw. zu ergreifender Maßnahmen (Lockerungen und Einschränkungen), weil als normale menschliche Reaktion auf bisherige Erfahrungen und Beobachtungen zurückgegriffen wird, ungeachtet dessen, ob Vergleichbarkeit überhaupt besteht.

Angesichts der derzeitigen Entspannung der Situation ist es nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE daher höchste Zeit, endlich die Grundlagen für eine größere Nachvollziehbarkeit des Regierungshandelns sowohl aktuell als auch auf lange Sicht zu schaffen, indem der sächsischen Öffentlichkeit mehr Informationen verfügbar und zugänglich gemacht werden.

Ziel ist dabei, durch Transparenz sowohl willkommene wie unwillkommene Maßnahmen im Umgang mit der Krise soweit wie möglich zu begründen und zu erklären. Unbenommen ist dies beim derzeitigen Stand des Wissens über die Krankheit, ihre Ausbreitung, die Heilung und die Immunisierung schwierig, sollte aber angesichts der Außergewöhnlichkeit der Situation unbedingt versucht werden.

Die Außergewöhnlichkeit der Situation und die fehlenden Erfahrungen im Umgang mit Vergleichbarem, machen es zudem unmöglich, unmittelbare und mittelbare Folgen im Zeitverlauf gesichert abzuschätzen. Aus diesem Grund sollte im Freistaat Sachsen unbedingt ein Monitoring unter Ausrichtung am Lebenslagenkonzept begonnen und langfristig angelegt werden, mit dem kurz-, mittel- und langfristige Auswirkungen erfasst werden, um damit so schnell wie möglich Daten gestützte staatliche Interventionen zu ermöglichen.

Im Fokus sollten dabei zum einen insbesondere Menschen stehen, die in der Krise besonders belastet waren und sind, wie Alleinerziehende, Eltern/Menschen in systemrelevanten Berufen, Kinder, Familien mit geringen materiellen Ressourcen oder Menschen mit Behinderungen.

Zum anderen sollten Beobachtungen zur (bleibenden) Veränderung des Lebens- und Arbeitsverhaltens und dessen Folgen (z. B. durch Homeschooling, verschobene Arztbesuche etc.) eingeschlossen sein.

Die Fraktion DIE LINKE. beantragt aufgrund dessen auch, dass die Finanzierung dieser Vorhaben durch Landesmittel gewährleistet werden muss, da sie als wesentliche Bestandteile einer wirksamen Krisenbewältigung anzusehen sind.